



Ratsreport

22. September 2016

Inhalt

| | |
|--|----|
| SPD fordert Konzept für Sicherheit in Köln..... | 3 |
| Videobeobachtung mit Verantwortung und Augenmaß..... | 4 |
| Schutz der Bevölkerung auf die lange Bank geschoben..... | 6 |
| Lärmaktionsplanung beschlossen..... | 7 |
| Brandschutzbedarfsplan beschlossen..... | 8 |
| Kostenexplosion bei der Flüchtlingsunterbringung..... | 9 |
| Weiterführende Schulen im Stadtbezirk Lindenthal..... | 10 |
| Schulen werden erweitert..... | 11 |
| Ellmühle im Deutzer Hafen..... | 12 |
| GAG konzentriert ihre Betätigung auf Köln..... | 13 |
| "Mehr Wohnen" in Köln..... | 14 |
| Sozialer Wohnungsbau wird gestärkt..... | 15 |
| Großmarkt: Neuer Standort..... | 16 |
| Neue Rolltreppen für die KVB..... | 17 |
| Mehr Unterstützung für Kölner Tierheime..... | 18 |
| VHS-Dozenten: Gleiches Honorar für gleiche Leistung..... | 19 |

SPD-Fraktion fordert ein Konzept für mehr Sicherheit in Köln

Oberbürgermeisterin Reker zieht ihre Planungen für einen Zaun um den Dom zurück

Auf Initiative der SPD-Fraktion hat zum Auftakt der Ratssitzung am 22.09.2016 eine Aktuelle Stunde zum Thema „Schutzzone um den Kölner Dom“ und Sicherheit in der Silvesternacht stattgefunden.

Rund neun Monate nach den unvorstellbaren Ereignissen von Silvester erwarten die Bürgerinnen und Bürger zu Recht, dass die zuständigen Behörden tätig werden und Konzepte vorlegen, die eine Wiederholung verhindern. Wichtig ist aber auch, dass die Sicherheitssituation insgesamt und um den Dom im Besonderen betrachtet wird. Der Kölner Polizeipräsident Mathies hat nun in der letzten Woche seine Pläne zur Stärkung der Sicherheit rund um Dom und Hauptbahnhof gemeinsam mit der



Oberbürgermeisterin der Presse vorgestellt.

Zur Idee der Oberbürgermeisterin, in der Silvesternacht einen Zaun rund um den Dom zu errichten, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende Martin Börschel: „Sicherheit steht an erster Stelle. Die verstörenden und unfassbaren Übergriffe auf Frauen dürfen sich auf keinen Fall wiederholen. Eine künstliche No-Go-Area lehnen wir ab. Ein Zaun ist nicht nur ideenlos, sondern wäre auch das völlig falsche Signal: Er passt nicht zu unserer offenen Gesellschaft.“ Erfreulicherweise erklärte in der heutigen Sitzung auch Oberbürgermeisterin Reker, dass sie die Einzäunung des Doms nicht weiter verfolgen will.

Börschel sagte weiter: „Denn es geht auch um die Frage: Welches Bild von Köln wollen wir in die Welt senden? Dazu gehört die Präsenz von Bundespolizei, Polizei und Ordnungsamt als Freund und Helfer. Und auch weitere positive Bilder sind uns wichtig. Ob das punktuelle, öffentliche klassische Konzerte sind oder eine Illumination der Kathedrale, wie man sie aus Reims kennt. Wir würden uns wünschen, dass sich alle Kreativen innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung gemeinsam Gedanken machen, welches positive Bild am Ende bleiben soll – von Köln als sicherer und weltoffener Stadt.“

Am 6. Oktober wird es eine Sondersitzung des Hauptausschusses zum Thema Sicherheitskonzept geben. Wir blicken erwartungsvoll auf die Vorschläge, die die Stadt nun auf Basis der Anregungen der SPD-Fraktion entwickeln wird.

Weitere Informationen:

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=63904&voselect=15178

Videobeobachtung mit Verantwortung und Augenmaß

SPD-Fraktion setzt sich für mehr Sicherheit auf Kölner Straßen und Plätzen ein

Die Frage der Sicherheit im öffentlichen Raum bestimmt seit Silvester die Wahrnehmung der Kölnerinnen und Kölner. Polizeipräsident Jürgen Mathies hat jüngst in einer Pressekonferenz gemeinsam mit der Oberbürgermeisterin ein entsprechendes Maßnahmenpaket für kommendes Silvester vorgestellt.

Die SPD-Fraktion hat dieses wichtige Thema auf die Tagesordnung des Rates gesetzt. Polizeipräsident Mathies hatte im Februar 2016 dem Rat und der Öffentlichkeit ein polizeiliches Sicherheitskonzept angekündigt, in dem insbesondere die Videobeobachtung an Kriminalitätsschwerpunkten ein wichtiger Baustein sein sollte. Er erklärte zudem, die Videobeobachtung nur im Einvernehmen mit der Stadt umzusetzen zu wollen. Dieser Plan fand damals breite Unterstützung. Doch davon wollte Jamaika jetzt

nichts mehr wissen. Statt ein klares Bekenntnis den Überlegungen des Polizeipräsidenten auszusprechen, haben Grüne, CDU und FDP einen Änderungsantrag eingebracht und beschlossen, die Zuständigkeiten und jegliche Verantwortlichkeiten möglichst weit weg vom Rat und Verwaltung zu schieben. Das vermag im Hinblick auf die inhaltlichen Differenzen zwischen CDU und Grüne zum Thema Videobeobachtung nicht wirklich überraschen. Trotzdem ist es ein verheerendes Signal für die Sicherheitspolitik in Köln.

Darüber hinaus gab es insbesondere von Seiten der CDU zu dem Thema mehr Falschinformationen als Argumente. So behauptete Fraktionschef Bernd Petelkau, dass unter der rot-grünen Landesregierung kontinuierlich Stellen bei der Kölner Polizei abgebaut worden seien. Dem gegenüber hatte Polizeipräsident Mathies selbst darüber informiert, dass die Personalstärke des Polizeipräsidiiums Köln seit mindestens 2011





kontinuierlich angestiegen ist.

Die SPD-Fraktion ist der Überzeugung, dass Videoüberwachung ein wichtiges Instrument der Verbrechensbekämpfung und insbesondere der Prävention sein kann. Mit dem Mittel der Videoüberwachung muss verantwortungsvoll umgegangen werden. Die Standorte und die Intensität der Videoüberwachung müssen laufend auf ihre Wirksamkeit und Erforderlichkeit geprüft werden. Verdrängungseffekten in die umliegende Veedel muss wirksam begegnet werden. Der Schwerpunkt der Maßnahmen muss aber in der Prävention liegen, damit Straftaten verhindert werden und unsere Straßen sicherer werden. Deshalb reicht keine reine Aufzeichnung – die Bilder müssen live beobachtet werden, um im Ernstfall sofort eingreifen zu können! Damit das gelingen kann braucht es der engen Zusammenarbeit der Stadt mit der Kölner Polizei und einer stärkeren Präsenz von Sicherheitskräften auf der Straße. Das die Vorschriften

zum Datenschutz beachtet werden, ist eine Selbstverständlichkeit.

Gerrit Krupp, ordnungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, erklärt: „Wir bedauern die heutige Entscheidung und unterstützen weiter die Pläne von Polizeipräsident Mathies, die Sicherheit auf Kölns Straßen und Plätzen durch mehr Videoüberwachung zu erhöhen. Der Polizeipräsident hat bereits vor längerer Zeit zugesagt, Videoüberwachung nur im Einvernehmen mit der Stadt einzurichten und der Rat und die Oberbürgermeister haben ihm ihre Unterstützung dabei zugesagt. Es besteht dringender Handlungsbedarf und die SPD-Fraktion steht zu ihrem Wort konstruktive Lösungen zu unterstützen.“

Weitere Informationen:

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=63746&voselect=15178

Schutz der Bevölkerung auf die lange Bank geschoben

Köln überschreitet an verschiedenen Hot-Spots im gesamten Stadtgebiet regelmäßig den geltenden Grenzwert für Stickstoffdioxid - zum Teil erheblich. So zum Beispiel am Clevischen Ring, am Neumarkt, an der Justinianstraße oder in Weiden. Weil Stickstoffdioxide zu einer Vielzahl von Umwelt- und Gesundheitsbeeinträchtigungen führen können, haben wir in die heutige Sitzung des Rates einen Dringlichkeitsantrag zum Schutz der Kölnerinnen und Kölner eingebracht.

sam mit den Wirtschaftsunternehmen unserer Stadt nach weiteren Lösungen suchen. Wir sind hier in der Pflicht, zu handeln! Düsseldorf wurde bereits gerichtlich verpflichtet, kurzfristig Maßnahmen zu ergreifen und dieses Schicksal droht auch Köln. Das müssen wir verhindern und jetzt handeln!“

Anscheinend nicht überzeugend für Grüne und CDU: Obwohl sie die Dringlichkeit des Antrags anerkennen, wurde der Antrag in den Um-



Susana Dos Santos Hermann, verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, erläutert: „Wir fordern von der Verwaltung für die besonders belasteten Stellen unserer Stadt ein Maßnahmenpaket: Bessere Verbindungen für Bus und Bahn sowie für Radfahrer und Fußgänger, die Verknüpfung der Verkehrsträger, Temporeduzierungen und umweltsensitive Ampelschaltungen. Auch Transitverkehre wollen wir aus der Stadt verbannen und dafür gemein-

weltausschuss verwiesen. Die Anwohnerinnen und Anwohner der Hotspots müssen auf eine Verbesserung in ihrem Umfeld leider noch warten.

Link zur Vorlage:

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=63859&voselect=15178

Lärmaktionsplanung beschlossen

Ein großer Teil unserer Bevölkerung fühlt sich durch Lärm belästigt, teilweise wird sogar die Gesundheit der Menschen dadurch negativ beeinträchtigt. An erster Stelle steht dabei der Lärm durch Straßenverkehr. Um hier in Köln Abhilfe zu schaffen, hat der Rat in seiner heutigen Sitzung die sogenannte „Lärmaktionsplanung“ verabschiedet.

Dazu sagt Rafael Struwe, Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt und Grün: „Lärm bedeutet für die meisten Menschen Stress und kann den Schlaf, die Erholung und das Wohlbefinden stören oder sogar psychische Beeinträchtigungen auslösen. Deshalb müssen wir die Kölnerinnen und Kölner von dauerhaftem und übermäßigem Verkehrslärm schützen. Das heute beschlossene Vorgehen zur Erarbeitung eines Gesamtkonzept-



Im ersten Schritt wurde gemessen, wie laut es auf den Straßen unserer Stadt ist und wie viele Anwohnerinnen und Anwohner von welcher Lärmstärke betroffen sind. Im nächsten Schritt sieht die Aktionsplanung ein umfangreiches Konzept vor, wie die Lärmbelastung durch Straßenverkehr in unserer Stadt gesenkt werden kann. Maßnahmen können beispielsweise Fahrbahnsanierungen mit lärmarmem Asphalt, die Verbesserung des Verkehrsflusses durch Anpassung der Höchstgeschwindigkeit oder die Änderung der LKW-Führung sein.

tes ist ein wichtiger Schritt dahin. Es ist aber fatal, dass die anderen Fraktionen im Rat unseren Vorschlag, Sofortmaßnahmen für die am meisten belasteten Bereiche aufzulegen, abgelehnt haben. Gerade dort brauchen die Menschen schnell eine Entlastung!“

Link zur Vorlage:

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=53797&voselect=15178

Brandschutzbedarfsplan beschlossen

Schulterschluss zwischen SPD und Feuerwehren war erfolgreich

Der Rat hat heute mit großer Mehrheit den Brandschutzbedarfsplan beschlossen. Was angesichts der enormen Herausforderungen für die Kölner Feuerwehren eigentlich wie eine Selbstverständlichkeit klingt, wäre fast an Jamaika gescheitert.



Wir erinnern uns: Die Bilder protestierender Feuerwehrleute vor dem Rathaus und die roten Löscheimer auf den Tischen der SPD-Fraktion im Ratssaal haben im Juni eindrucksvoll auf den Bedarf der Feuerwehr hingewiesen. Hintergrund war ein langwieriges und zähes Ringen in den Ratsgremien um den Brandschutzbedarfsplan. CDU, Grüne und FDP konnten sich nicht zu einer Entscheidung durchringen und verschleppten das Thema immer weiter.

Am Ende war der Druck auf Jamaika jedoch zu groß. Unverständlich bleibt, warum CDU, Grüne und FDP dem Brandschutzbedarfsplan jetzt zustimmen konnten, vor rund drei Monaten aber noch nicht. Schließlich hat sich inhaltlich nichts an der Verwaltungsvorlage geändert. Es gab lediglich finanztechnische Umschichtungen sowie eine zeitliche Anpassung verschiedener Maßnahmen.

Auslöser für die Politikposse dürften wohl auch

weniger inhaltliche Bedenken gewesen sein. Vielmehr hat sich Jamaika im Haushalt 2016/2017 kräftig bei den geplanten Mitteln für den Brandschutzbedarfsplan bedient. Rund fünf Millionen Euro sollten vom vorgesehenen Feuerwehretat in grün/schwarze Wunschprojekte fließen. Diese Lücke im Haushalt ist von der Verwaltung zwischenzeitlich zu Lasten des städtischen Gesamthaushalts geschlossen worden.

Es ist gut und richtig, dass der Brandschutzbedarfsplan jetzt praktisch unverändert beschlossen worden ist. Ein fader Beigeschmack bleibt jedoch. Dieses Ergebnis hätte man nämlich schon viel früher haben können.

Dass am Ende noch zwei neue Löschgruppenfahrzeuge für die freiwillige Feuerwehr angeschafft werden, unterstützen wir als verdiente Wertschätzung für die Feuerwehren und als Beitrag zur Steigerung der Sicherheit in Köln. Wir freuen uns, dass der gemeinsame Kampf der Feuerwehren und der SPD-Fraktion für den Brandschutzbedarfsplan zu einem guten Abschluss gekommen ist.

Weitere Informationen:

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=57893&voselect=15178

Flüchtlingsunterbringung: Kostenexplosion aus dem Nichts

Für die Unterbringung der nach Köln geflüchteten Menschen fallen für das Jahr 2016 deutlich höhere Kosten an als ursprünglich von der Verwaltung prognostiziert.

„Wir waren doch sehr überrascht, als wir von den massiven Kostensteigerungen in Höhe von 35,4 Millionen Euro erfahren haben. Für die Öffentlichkeit und auch für uns Politiker kam die Nachricht praktisch aus dem Nichts“, berichtet Michael Paetzold, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion. Die Verwaltung begründet die Kostenexplosion mit deutlich höheren Kos-

ten. Dabei sind wir bei der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Unterbringung und Integration der Flüchtlinge auf eine leistungsfähige und auf die Sache konzentrierte Verwaltung angewiesen“, stellt Paetzold, Vorsitzender des für Flüchtlingsfragen zuständigen Sozialausschusses, klar.

Für die Zukunft fordert der Sozialpolitiker Paetzold eine bessere Planung und einen umsichtigen Umgang bei der Deckung der finanziellen Lücke: „Hier muss ganz klar gelten: Für die Zukunft erwarten wir von der Verwaltung eine



© Superbass / CC-BY-SA-4.0 (via Wikimedia Commons)

ten die für Verpflegung und Betreuung der Flüchtlinge in den Unterkünften sowie den Sicherheitsdienst angefallen sind.

„Wir hätten dem neuen Dezernenten Dr. Rau einen besseren Start ins Amt gewünscht. Wir sind froh, dass er die Fakten nun auf den Tisch gelegt hat. Leider hatte er so nicht die Zeit, sich in Ruhe in sein neues Aufgabenfeld einzuarbei-

präzisere Planung der Kosten für die Flüchtlingsunterbringung und maximale Transparenz beim Kostenmanagement.“

Link zur Vorlage:

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=63231&voselect=15178

Grüne und CDU verhindern Schulstandort in Lindenthal

Noch mehr Schüler sollen künftig ins Gewerbegebiet

Die SPD-Fraktion hat mit einem Antrag die unverzügliche Aufnahme der Planungen einer dringend erforderlichen Gesamtschule am Standort Aachener Straße in Braunsfeld gefordert. Die Grünen bleiben jedoch bei ihrer starr ideologischen Haltung, den Standort abzulehnen, und ziehen die CDU mit.

Franz Philippi, schulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, erklärt: „Die Schulentwicklungsplanung zeigt uns bereits seit zwei Jahren auf, dass wir in Lindenthal äußerst dringend mit dem Bau von drei weiterführenden Schulen beginnen müssen. Hierfür benötigen wir Grundstücke und müssen dabei Alternativen beleuchten, weil die Zeit drängt.“

Ursache für den Antrag waren erhebliche Schwierigkeiten, die sich bei der Prüfung des Grundstücks am bislang geplanten Standort Wasseramselweg/Girlitzweg in Vogelsang herausgestellt hatten. „Es ist jetzt bereits klar, dass die Schule in Vogelsang weder im angestrebten Preisrahmen noch in der vorgegebenen Zeit fertiggestellt werden kann. Deshalb ist jetzt der richtige Zeitpunkt, die Alternative an der Aachener Straße wieder in den Fokus zu nehmen“, so Philippi.

Klar ist, dass für den Stadtbezirk Lindenthal ein Gymnasium an der Zusestraße in Lövenich gebaut werden soll. In der heutigen Ratsitzung haben Grüne und CDU nun mit den Stimmen der Gruppe Deine Freunde durchgesetzt, dass neben dem geplanten Gymnasium im Lövenicher Gewerbegebiet eine zweite Fläche für eine Gesamtschule geprüft wird.

Philippi kritisiert diesen Beschluss: „Die damalige Entscheidung, eine weiterführende Schule in einem Gewerbegebiet anzusiedeln, ist uns schwer genug gefallen. Sie war ein Kompromiss, weil das Grundstück an der Aachener Str. in Braunsfeld zwar von der Verwaltung absolut favorisiert wurde, es aber in der Politik hierfür keine Mehrheit gab. Nun aber auch noch eine zweite Schule im Gewerbegebiet zu bauen, halten wir für nicht vertretbar. An der Aachener Straße gibt es eine perfekt angebundene Fläche im Veedel, die nun noch nicht einmal geprüft wird.“

Auch Inge Halberstadt-Kausch, baupolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, fehlt jegliches Verständnis: „Man muss sich diese Farce ansehen. Die Grünen und die CDU führen die schützenswerten Insekten auf der Grünfläche an der Aachener Straße ins Feld und schicken dafür unsere Kinder im Gewerbegebiet zur Schule. Das muss ich nicht verstehen. Ein Bärendienst für die Lindenthaler Familien.“

Unser Antrag:

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=63753&voselect=15178

Mehr Menschen, mehr Schüler, mehr Klassen

In unserer stetig wachsenden Stadt brauchen wir auch mehr Plätze für Schülerinnen und Schüler, und zwar in allen Schulformen und nahezu überall im Stadtgebiet. Die Verwaltung hat darum die Schulentwicklungsplanung aktualisiert und eine ganze Reihe von Maßnahmen

Für die Schulen bedeuten die zusätzlichen Klassen eine räumliche wie pädagogische Herausforderung. Die Stadt muss sie so gut wie möglich bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben und Veränderungen unterstützen und im engen Austausch bleiben.



vorgeschlagen, mit denen bestehende Schulen erweitert werden können. Ziel ist ein möglichst wohnortnahes und ausreichendes Schulangebot.

Ein erstes Maßnahmenpaket ist nun in dieser Ratssitzung beschlossen worden. An 15 Grundschulen in der gesamten Stadt wird die Zahl der Klassen dem aktuellen Bedarf angepasst. Gleiches gilt für die folgenden weiterführenden Schulen:

- **Gesamtschule Rodenkirchen**
- **Europaschule in Zollstock**
- **Gymnasium in Rodenkirchen**
- **Hildegard-von-Bingen-Gymnasium in Sülz**
- **Schillergymnasium in Sülz**
- **Heinrich-Heine-Gymnasium in Ostheim**
- **Gymnasium in Pesch**

Auch zwei wichtige Baubeschlüsse haben wir in dieser Sitzung gefasst:

Das **Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasium** und das **Schiller-Gymnasium** in Sülz bekommen zwei neue Erweiterungsgebäude. Darin sollen sowohl Räume für den Ganztagsunterricht als auch Klassen-, Differenzierungs-, Fach- und Verwaltungsräume Platz finden. Bereits eingeplant ist hier die beschlossene Aufstockung der Anzahl der Klassen.

Ein Baubeschluss wurde auch für die Generalsanierung des Schulgebäudes an der **Overbeckstraße in Neuhrenfeld** gefasst. Dort soll nach der Sanierung ab dem Schuljahr 2018/19 die künftige **Gesamtschule Heliosgelände** ihre vorübergehende Bleibe finden. Die Schule wird zunächst in der Overbeckstraße aufgebaut und zieht dann nach Fertigstellung der Gebäude auf dem Heliosgelände dorthin um.

Deutzer Hafen: Gelände der Ellmühle nun Teil der Planungen

Das Gelände der Ellmühle steht ab sofort für die Planungen des Deutzer Hafens zur Verfügung. Das hat der Rat heute beschlossen. Bereits 2015 hatte er die Planungen auf den Weg gebracht, das Hafengelände in ein neues Veedel für Wohnen und Arbeiten zu entwickeln. Damals war die Ellmühle noch bewusst außen vor geblieben. Mit dem Erwerb der Mühle kann die städtische Entwicklungsgesellschaft „moderne stadt“ nunmehr den Deutzer Hafen ganzheitlich planen.



Der Wegfall des Mühlenstandorts bietet die Möglichkeit, erheblich größere Flächen für Wohnen und Arbeiten zu nutzen. Zudem hatte die Mühle aus immissionsschutzrechtlichen Gründen auch die Gesamtplanung für den Deutzer Hafen erschwert. Dieses Hindernis fällt nun weg.

Michael Frenzel, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, sagte: „Zur Entwicklung des Mühlenareals bedarf es eines eigenen Planungsverfahrens. Dieses muss sich zügig an das bereits laufende Werkstattverfahren anschließen. An der Weiterentwicklung des

Hafens haben sich viele Bürgerinnen und Bürger beteiligt, was wirklich toll ist. Die Ergebnisse dieses kooperativen Werkstattverfahrens liegen uns in Kürze vor.“

Zu den Vorstellungen der SPD-Fraktion sagte Frenzel: „Als SPD setzen wir uns dafür ein, ein attraktives Innenstadtquartier am Wasser zum Leben, Wohnen und Arbeiten zu entwickeln. Im weiteren Prozess werden wir besonders auf die soziale und funktionale Mischung des neuen Quartiers achten. Konkret muss ein Anteil von mindestens 30 % öffentlich gefördertem Wohnungsbau vorgesehen werden.“

Parallel dringt die SPD weiterhin auf den **Erhalt der Arbeitsplätze der Mühle in Köln**. Frenzel sagte: „Die Aufgabe des Standortes Deutzer Hafen darf nicht dazu führen, dass der Mühlenbetreiber GoodMills Köln endgültig verlässt. Ein geeigneter Standort im Niehler Hafen ist vorhanden. Das entsprechende Angebot der städtischen Hafengesellschaft HGK unterstützen wir, um GoodMills vom Verbleib in Köln zu überzeugen. Es ist uns schleierhaft, warum diese Initiative von SPD und Linken zum Erhalt der Arbeitsplätze im Niehler Hafen nicht auf die Unterstützung von Oberbürgermeisterin, CDU, Grünen und FDP stößt.“

Weitere Informationen:

Zukünftige Nutzung des Deutzer Hafens, hier: Einbeziehung der Ellmühle: https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=62873&voselect=15178

Sicherung der städtebaulichen Neuordnung des Deutzer Hafens (Entwicklungsgebiet, Vorkaufrecht): https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=61330&voselect=15178

GAG: Verantwortungsvolle Wohnungspolitik für Köln

In seiner heutigen Sitzung hat sich der Rat hinter die Geschäftspolitik der städtischen Wohnungsgesellschaft GAG Immobilien AG gestellt, ihre Tätigkeit schwerpunktmäßig auf Köln zu konzentrieren. Anlass war der Verkauf von 444 GAG-Wohnungen in Wesseling.

Zugleich hat der Rat Maßgaben beschlossen, die bei Verkäufen von Immobilienbeständen außerhalb Kölns gelten sollen. Auch hier soll die GAG wie gewohnt sozial verantwortungsvoll handeln. Dies gilt insbesondere bei Veräußerungen an private Unternehmen: Bei deren Auswahl ist besondere Sorgfalt geboten, um den Schutz der Mieter auch nach dem Verkauf sicherstellen zu können. Auch soll die GAG jeweils die örtlichen Kommunalverwaltung und politik einbinden sowie die Mieterinnen und Mieter umfassend informieren.

Dazu Michael Frenzel, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion: „Die GAG investiert in den nächsten Jahren rund eine Milliarde Euro in fast 6.000 Kölner Wohnungen. Aktuell koordiniert sie zudem Baustellen mit mehr als 1.000 Wohnungen. Dazu kommen Bewirtschaftung und Instandhaltung der vorhandenen Bestände, zum Beispiel auch die kürzlich aus der Zwangsverwaltung erworbenen Hochhäuser in Chorweiler-Mitte. Die GAG sollte daher ihre Kraft und Ressourcen auf den erfolgreichen Abschluss der Projekte auf Kölner Gebiet fokussieren.“

Zum Anlass der Ratsdiskussion sagte Frenzel: „Insofern ist es die richtige Entscheidung, die

Bestände in Wesseling an den nun ausgewählten Bestandhalter Industria Wohnen zu verkaufen. Diese Gesellschaft ist in Wesseling bereits tätig, zudem kann und will sie die dortigen Bestände qualitativ im Sinne der Bewohner weiterentwickeln.“ Diese Lösung trifft auch seitens der Stadt Wesseling auf Zustimmung, nachdem die regionale Wohnungsgesellschaft GWG Rhein-Erft eine Übernahme der Bestände abgelehnt hat.

Gleichwohl bleibt die regionale Kooperation ein wichtiger Baustein bei der Schaffung neuen Wohnraums. Frenzel weiter: „Schon Anfang 2014 haben wir im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes Wohnen (StEK Wohnen) die Verwaltung beauftragt, die regionale Kooperation in der Wohnungsmarktregion auszubauen. Diesen Beschluss haben wir nun bekräftigt, die Verwaltung muss ihn mit Priorität umsetzen. Wir müssen mit den Nachbarkommunen zusammenarbeiten, insbesondere bei der Neuaufstellung des Regionalplans, in dem weitere allgemeine Siedlungsbereiche zur Schaffung neuen Wohnraums ausgewiesen werden müssen. Das darf nur nicht dazu führen, dass die Stadt ihre Anstrengungen auf dem eigenen Stadtgebiet reduziert, wie das einige im Rat jetzt hoffen - sie muss sie im Gegenteil noch zu legen!“

Weitere Informationen finden sich hier:
https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=63967&voselect=15178



© Raimond Spekking / CC BY-SA 3.0 (via Wikimedia Commons)

Weiterer Baustein für "mehr Wohnen" in Köln

Wohnungsbau soll sich nach der Qualität des eingereichten Konzepts richten

Der Rat hat in seiner heutigen Sitzung einen Grundsatzbeschluss gefasst, nach dem sich die Vergabe von städtischen Grundstücken, die für den Wohnungsbau vorgesehen sind, nach der Konzeptqualität richten soll. Fiskalische Interessen sollen demnach nicht mehr alleine den Ausschlag geben. Diese so genannte „Konzeptvergabe“ ist ein Baustein des bereits 2014 unter rot-grüner Verantwortung beschlossenen Stadtentwicklungskonzepts Wohnen.

Die Vermarktung von Wohnungsbaugrundstücken sowohl für Geschosswohnungsbau als auch für Ein- und Zweifamilienhäuser soll zukünftig in erster Linie an den folgenden Zielsetzungen ausgerichtet werden:

- Schaffung von bezahlbarem Wohnraum
- Unterstützung bestimmter Zielgruppen und Organisationsformen, zum Beispiel Studierende, Menschen mit Behinderungen, anerkannte Flüchtlinge, Genossenschaften, Baugruppen
- Förderung des nachhaltigen Wohnungsbaus, zum Beispiel Energiekonzepte, Klimaanpassung, Grundrissvielfalt, altengerechtes Wohnen, Unterstützung von innovativen Mobilitätskonzepten
- Stärkung der sozialen Mischung der Kölner Veedel
- Stärkung der Gestaltungsqualitäten im Wohnungsbau

Dabei wird vor jeder Einzelvergabe ein für die jeweilige Fläche passender Kriterienkatalog zu-

sammengestellt und veröffentlicht. Jedes Gebot wird dann zu mindestens 70 Prozent nach der Qualität des eingereichten Konzepts und höchstens zu 30 Prozent nach dem angebotenen Kaufpreis bewertet. Die Errichtung von 30 Prozent öffentlich geförderten Wohnungen bleibt als zusätzliche Grundvoraussetzung bestehen.

Dazu Rafael Struwe, liegenschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: „Endlich hat uns die Verwaltung einen Vorschlag zur Vergabe nach Konzeptqualität vorgelegt. Dies ist schon lange eine Forderung der SPD.“

Struwe sagte weiter: „Für uns ist es besonders wichtig, dass dieses Instrument kein neues Bürokratiemonster wird. Wir sind für schlanke und straffe Verfahren und insbesondere gegen eine Überfrachtung der jeweiligen Einzelvergabe mit Vergabekriterien. Wir müssen beim Wohnungsbau endlich schneller werden! Wichtig ist für uns auch, dass weiterhin eine Direktvergabe von Grundstücken – also ohne vorherige Ausschreibung – an sogenannte Bestandhalter, wie zum Beispiel die GAG Immobilien AG oder Wohnungsbaugenossenschaften, möglich ist. Wir werden bei den anstehenden Grundstücksvergaben jeweils darauf achten, dass breite Schichten der Bevölkerung vom Wohnungsbau auf städtischen Grundstücken profitieren!“

Weitere Informationen finden sich hier:
https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=60953&voselect=15178

Sozialer Wohnungsbau wird weiter gestärkt

Kooperatives Baulandmodell wird überarbeitet

Der Rat hat heute einen wichtigen Schritt hin zu mehr sozialem Wohnungsbau beschlossen. Künftig müssen alle planungsbedürftigen Vorhaben, die größer sind als 25 Wohneinheiten, grundsätzlich einen Anteil von 30 % öffentlich geförderten Wohnungsbaus vorsehen - unabhängig vom so genannten Bodenwertzuwachs.

Hintergrund ist der Erfahrungsbericht der Verwaltung zum kooperativen Baulandmodell, der heute dem Rat vorgelegt wurde. Dieses sieht vor, Investoren an den Kosten für die benötigte Infrastruktur für die neuen Wohngebiete (also z. B. für Straßen, Lärmschutzwände, öffentliche Grünanlagen, aber auch an den Kosten für Kitas oder Grundschulen) zu beteiligen. Darüber hinaus sollen in Neubaugebieten demnach 30 % öffentlich geförderten Wohnungsbaus verpflichtend sein. Voraussetzung ist dabei bisher allerdings, dass dem jeweiligen Investor ein gewisser Anteil des sogenannten Bodenwertzuwachses verbleibt. Dieser entsteht, wenn zum Beispiel eine landwirtschaftlich genutzte Fläche in Bauland umgewandelt wird.

Der Erfahrungsbericht der Verwaltung zeigt jedoch, dass das kooperative Baulandmodell bislang oft nicht (nur in elf von 28 Planverfahren) angewendet werden konnte. Der Grund: Entweder blieb der Bodenwertzuwachs aus bzw. war zu gering, oder die Bauvorhaben waren kleiner als 25 Wohneinheiten. In 17 weiteren Fällen ist die Anwendung des Modells noch nicht abschließend geprüft worden.

Dazu Michael Frenzel, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion: „Aus diesem Grund ist die grundsätzliche Festlegung auf 30 Prozent sozialen Wohnungsbau bei Bauvor-

haben größer als 25 Wohneinheiten so wichtig. Dies ist angesichts der aktuellen Förderbedingungen für den sozialen Wohnungsbau auch keine unzumutbare Belastung für Investoren. Auf dem Clouth-Gelände in Nippes entsteht ein Anteil von über 30 % öffentlich geförderten Wohnungsbaus sogar auf freiwilliger Basis. Die SPD hat diese Marke bei allen Planvorhaben der letzten Jahre gebetsmühlenartig gefordert.“



Die Verwaltung hat angekündigt, das kooperative Baulandmodell zu vereinfachen und transparenter zu gestalten. „Wir sind auf die Vorschläge gespannt. Unsere Forderungen sind klar: Das Modell muss auch bei Vorhaben angewendet werden können, die kleiner sind als 25 Wohneinheiten. Die Kosten für soziale, grüne und technische Infrastruktur, die infolge des neu errichteten Wohnungsbaus entstehen, sollen weiterhin vollständig oder anteilig von Investoren übernommen werden“, so Frenzel weiter. „Ebenso wollen wir den sogenannten preisgedämpften Wohnungsbau mit einem Anteil von 20% sichern. Wir werden uns die Überarbeitung genau ansehen und unsere Vorstellungen dazu einbringen.“

Weitere Informationen finden sich hier:

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=60779&voselect=15178

Neue Heimat für Großmarkt in Sicht

In der Frage der Verlagerung des Kölner Großmarktes wird es wohl im April 2017 zu einer endgültigen Standortentscheidung kommen. Mit breiter Mehrheit hat der Rat die Stadtverwaltung heute beauftragt, im April 2017 die Ergebnisse der Standortprüfungen zur abschließenden Entscheidung durch die Politik vorzulegen.

Jörg van Geffen, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, sagte dazu: „Ich freue mich, dass es interessante Angebote unserer Nachbarn aus Hürth und Brühl für ein regionales Frischezentrum gibt. Wir sollten hier nun zügig herausarbeiten, ob diese Alternativen in Frage kommen, um Planungssicherheit zu erhalten. Das ist sowohl für die Händler am der-



Neben dem bereits untersuchten Standort in Köln-Marsdorf prüft die Verwaltung derzeit in Kooperation mit dem Umland weitere mögliche Standorte für ein modernes regionales Frischezentrum. Der derzeitige Großmarkt in Köln-Raderberg wird aufgegeben, um das Stadtentwicklungsprojekt Parkstadt-Süd mit der Erweiterung des Grüngürtels realisieren zu können.

zeitigen Großmarkt als auch für die Entwicklung der Parkstadt Süd und natürlich auch die Kunden des Großmarktes von hoher Bedeutung.“

Link zur Vorlage: https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=63071&voselect=15178

Neue Rolltreppen für vier KVB-Haltestellen

Die KVB-Haltestellen **Deutz Technische Hochschule, Bf. Deutz/Messe, Friesenplatz** und **Hans-Böckler-Platz** bekommen neue Rolltreppen. Mit dem heutigen Beschluss des Rates werden an den vier Haltestellen insgesamt sechs Anlagen für rund drei Millionen Euro erneuert. Die Rolltreppen aus den frühen Achtzigerjahren waren in der Vergangenheit aufgrund ihres Alters und ihres schlechten baulichen Zustands immer wieder ausgefallen und standen für längere Zeit still. Dabei sind die Rolltreppen besonders für Ältere und Menschen mit Behinderung wichtig, führen sie doch von der Verteilerebene zur Oberfläche und steigern so die Nutzbarkeit der

Haltestellen. Startschuss für die neuen Anlagen ist Ende 2016. Die Haltestellen bleiben währenddessen weiter nutzbar. Der heutige Beschluss ist allerdings nur ein kleiner Baustein eines großen Erneuerungsprogramms: Bis 2025 müssen im gesamten U-Bahn-Netz insgesamt 27 so genannte Fahrtreppenanlagen erneuert werden.

Link zur Vorlage:

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=58668&voelect=15178



Mehr Unterstützung für Tierheime in Köln

Die Kölner Tierheime in Zollstock und Dellbrück erhalten ab sofort mehr finanzielle Unterstützung von der Stadt. Mit dem heutigen, einstimmigen Beschluss des Stadtrates erhalten die Tierheime rückwirkend ab 2016 von der Verwaltung rund 800.000 Euro jährlich für die Unterbringung, Pflege und Vermittlung von Fundtieren. Bislang erhalten beide Heime jährliche Zuschüsse von lediglich rund 200.000 Euro. Damit tragen die Bemühungen der KölnSPD endlich Früchte, die Tierheime zu erhalten und angemessen zu unterstützen.

Wilfried Becker, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, freut sich: „Die Tierschutzvereine übernehmen seit über zwanzig Jahren mit

viel Engagement und Herz die Aufnahme, Pflege und Versorgung von Fundtieren für die Stadt Köln. Ein eigenes Tierheim wäre für die Verwaltung viel teurer. Ich bin darum stolz, dass unsere Initiative aus dem letzten Jahr erfolgreich war und das Überleben der Tierheime in Zollstock und Dellbrück nun gesichert ist. Darüber hinaus bin ich optimistisch, dass das Tierheim Zollstock auch im Rahmen der Grüngürtelerweiterung an seinem jetzigen Standort bleiben kann. Wir bleiben auf jeden Fall dran!“

Link zur Vorlage:

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=58392&voselect=15178



VHS-Dozenten: SPD fordert gleiches Honorar für gleiche Leistung

CDU, Grüne und FDP setzen Deutschkurs-Angebot für Flüchtlinge an der VHS aufs Spiel - SPD, Linke und Piraten wurden überstimmt

Ein Sprachkurs ist für Flüchtlinge und andere Menschen, die aus dem Ausland zu uns nach Köln kommen, die allererste Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration. Wer noch auf die Genehmigung eines Kurses durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) warten muss oder keinen Anspruch darauf hat, sucht sich in der Regel in Eigeninitiative einen Kurs und zahlt diesen auch selbst – häufig bei der Volkshochschule Köln (VHS). Wegen der gestiegenen Nachfrage hat die VHS ihr Angebot ausgeweitet. Das ist gut, hilft allerdings nur, wenn es auch genügend Dozentinnen und Dozenten gibt, die Deutsch als Fremdsprache (DaF) unterrichten. Und genau das steht auf der Kippe.

Der Hintergrund: Dozenten aus dem Bereich Deutsch als Fremdsprache erhalten den üblichen Stundensatz der VHS in Höhe von derzeit 23 Euro pro Unterrichtsstunde. Dozenten jedoch, die im Auftrag des BAMF die so sogenannten Integrationskurse mit identischen Inhalten leiten, erhalten seit dem 01.07.2016 eine Honorarzahung in Höhe von 35 Euro pro Unterrichtsstunde.

Franz Philippi, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, erklärt hierzu: „In den lediglich unterschiedlich finanzierten Kursen unterrichten Dozentinnen und Dozenten mit der gleichen Ausbildung, die exakt die gleiche Leistung erbringen und neben dem Spracherwerb eine erhebliche und dringend erforderliche Integrationsarbeit leisten. Eine Ungleichbehandlung im Honorar ist absolut ungerecht und nicht weiter hinnehmbar.“

CDU, Grüne und FDP haben das Problem nun auf die Landesebene geschoben und appellieren an das Land, die Honorare anzugleichen. Das Risiko, dass zwischenzeitlich Dozentinnen und Dozenten abspringen und sich bei anderen Arbeitgebern eine neue Beschäftigung suchen, nehmen sie dabei wissentlich in Kauf.

Die SPD hatte bis zu einer Entscheidung durch das Land eine Zwischenfinanzierung durch den kommunalen Haushalt vorgeschlagen. Die Linken und die Piraten schlossen sich der SPD in diesem Punkt an.

„Mit einer Verschiebung auf die Landesebene könnten wir uns nicht zufrieden geben“, erklärt Philippi. „Es besteht jetzt Handlungsdruck: Wir wollten für das Integrationsangebot am Standort Köln sicherstellen, dass die Dozentinnen und Dozenten weiterhin an der VHS unterrichten und nicht zu anderen Arbeitgebern abwandern. Mit der jetzigen Entscheidung ist das aber mit großer Wahrscheinlichkeit zu befürchten. Jamaika schadet damit empfindlich der Integration von Menschen, die bei uns leben möchten.“

Antrag der Linken:

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=63783&voselect=15178

Unser Änderungsantrag:

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=63939&voselect=15178